

Finanzmärkte, Wirtschaftskrise und die Perspektiven der Politik

Vortrag von Jörg Huffschmid, Ökonom, Universität Bremen, Gründungsmitglied der Arbeitsgruppe Alternative Ökonomie

Einleitung: Rudolf Scholten, Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Kontrollbank, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums

gemeinsame Veranstaltung mit der ÖFSE/Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe und dem Lateinamerika Institut

29. Oktober 2001

Für Jörg Huffschmid ist die Wirtschaftskrise des Jahres 2001 mit besonderen Kennzeichen ausgestattet: sie hätte synchron in allen großen Finanz- und Wirtschaftszentren stattgefunden, sie sei akzentuiert durch den gleichzeitigen Zusammenbruch nahezu aller wichtigen Finanzmärkte, sie wäre von massiven Krisen in einer Reihe von Entwicklungsländern begleitet und in Europa durch eine fundamentalistische Geldpolitik der EZB, die sich explizit nicht für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sondern lediglich für Preisstabilität zuständig fühlt, noch verstärkt worden.

Huffschmid besonderes Augenmerk galt dabei der Rolle der Finanzmärkte als Krisenmotor und Destabilisierungsmoment. Durch die Veränderung der Struktur der Finanzmärkte von einem Finanzierungsmarkt zu einem Handelsmarkt, wobei Sekundärmärkte die treibende Rolle inne hätten, würde flüssiges Kapital nicht mehr in den Auf- und Ausbau des Produktionsapparates gesteckt sondern in Finanzgegenstände, deren Umschlaggeschwindigkeit sich etwa bei Aktien in den letzten 20 Jahren verzehnfacht habe.

Zudem hätten sich institutionelle Anleger wie große Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds und Pensionsfonds, zu dominierenden Akteuren auf den Finanzmärkten entwickelt. Verbunden mit einer zusätzlichen Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte, auf deren Grundlage es möglich sei, sehr rasch Kapital in andere Länder zu verlagern und dem System frei schwankender Wechselkurse führe dies zu einer Instabilisierung und Krisenanfälligkeit der Märkte.

Große Akteure verursachten aber nicht nur Instabilität, sondern übten mit dem Drohpotential des Kapitalabzuges auch Druck auf nationale Regierungen aus. Gefordert werden neoliberale Instrumente, wie Steuersenkungen, Liberalisierung und Privatisierung, niedrige Soziallasten und Preisstabilität. Aktuelles Beispiel sei etwa die Forderung nach Umstellung

des Pensionssystems vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren, von der institutionelle Anleger am meisten profitieren.

Huffs Schmid präsentierte auch Wege aus diesem krisenanfälligen Kreislauf. Vorrangiges Ziel dabei sollte eine Stabilisierung der Finanzmärkte sein, unter anderem durch Einführung der Tobin-Steuer, Einschränkung oder Verbot von Derivaten, verstärkte Bankenaufsicht, Kontrolle der Offshore-Zentren und Entschleunigung der Kapitalbewegungen durch Kapitalverkehrskontrollen. Finanzmärkte sollten von ihrer Handelsfunktion wieder auf ihre Finanzierungsfunktion zurückgeführt werden, etwa auch durch eine Verpflichtung zur öffentlichen Finanzierung öffentlicher Güter zu festgelegten Konditionen.

Von der Wirtschaftspolitik fordert Huffs Schmid eine Rückbesinnung bzw. Einführung einer Wirtschaftspolitik die dafür Sorge, dass Überliquidität erst gar nicht entstehe. Dies müsse durch Umverteilung hin zur konsumptiven Endnachfrage - Löhne und Gehälter - und zugunsten einer Erhöhung der Steuern auf Unternehmensgewinne geschehen, damit diese wieder an den Refinanzierungszweck gebunden werden. Es gelte, die Finanzmärkte zu zähmen.